Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9557**
14. Wahlperiode 26. 06. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Dehnel, Bernward Müller (Jena), Dirk Fischer (Hamburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/5756 –

Ausbau des Mitte-Deutschland-Schienenverkehrsnetzes konsequent vorantreiben

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag mit dem Ziel eingebracht, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, zusätzlich zum Verkehrsprojekt Deutsche Einheit (VDE Projekt 8.1) den Ausbau der Mitte-Deutschland-Schienenverbindung (MDV, Paderborn–Erfurt–Chemnitz), der Sachsenmagistrale sowie deren regionale Vernetzungen und Anbindungen an den Fernverkehr konsequent voranzutreiben.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/5756 – abzulehnen.

Berlin, den 12. Juni 2002

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald	**Wieland Sorge**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Wieland Sorge

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 14/5756 in seiner 167. Sitzung am 10. Mai 2001 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder sowie den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag auf Drucksache 14/5756 hat zum Ziel, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, zusätzlich zum Verkehrsprojekt Deutsche Einheit (VDE Projekt 8.1) den Ausbau der Mitte-Deutschland-Schienenverbindung (MDV, Paderborn–Erfurt–Chemnitz), der Sachsenmagistrale sowie deren regionale Vernetzungen und Anbindungen an den Fernverkehr konsequent voranzutreiben.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 30. März 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und des Vertreters der Fraktion der PDS bei Abwesenheit des Vertreters der Fraktion der FDP.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 88. Sitzung am 7. November 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat die Vorlage zusammen mit dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/6947 in seiner 87. Sitzung am 12. Juni 2002 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, der Fraktion der FDP und der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** meinte, die Bundesregierung habe die Bedeutung der Strecken erkannt und sie in den vordringlichen Bedarf eingeordnet. Die von der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen seien ausreichend und würden dem Verkehr gerecht. Bei dem Bau neuer Strecken seien Gleise und Brücken so angelegt worden, dass bei einem späteren Bedarf ein zweigleisiger Ausbau möglich sei. Eine Untersuchung zu der Nord-Süd-Verbindung sei noch nicht abgeschlossen. Wenn sich die Verbindung danach als sinnvoll erweise, werde die Mitte-Deutschland-Verbindung und die Sachsenmagistrale umgesetzt. Die Forderung, die zur Bedienung dieser beiden Hauptstrecken erforderlichen Nebenstrecken auszubauen, werde bereits im Bereich zwischen Chemnitz und Leipzig und der Vogtlandbahn erfüllt. Man stimme mit der Zielsetzung des Antrags überein, die Umsetzung des Projekts zu gewährleisten. Es gebe aber unterschiedliche Auffassungen, wie dies erreicht werden solle.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, sie habe die berechtigten Forderungen der Landräte, der IHK und der Industrieverbände aufgenommen, kurzfristig einen Antrag erarbeitet und dadurch erreicht, dass die Strecke in den vordringlichen Bedarf aufgenommen worden sei und die Bundesregierung zugesagt habe, die Strecke bis 2006 fertig zu stellen. Planungs- und Finanzierungssicherheit bestehe weiterhin nicht. Daher sei der vorliegende Antrag wichtig.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** meinte, die Mitte-Deutschland-Verbindung sei durchaus sinnvoll. Sie werde im Wesentlichen bis 2006 mit dem derzeit geplanten Ausbaustandard fertig gestellt. Es sei zu begrüßen, dass Sachsen darüber hinaus den durchgehenden zweigleisigen und elektrifizierten Ausbau dieser Strecke für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet habe. Insbesondere die West-Ost-Verbindung sei im Zeichen der Osterweiterung der europäischen Union künftig für den Personen- und Gütertransport von größter Bedeutung. Zurzeit liege allerdings im Rahmen der Ausarbeitung des neuen Verkehrswegeplans noch keine abschließende Bewertung vor. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei davon abzuraten, sich ohne Auswertung der Daten, hinsichtlich des Ausbaustandards festzulegen.

Die **Fraktion der FDP** bemerkt, der Antrag sei insofern zu begrüßen, als er zusätzlich zum Verkehrsprojekt Deutsche Einheit die Förderung des Ausbaus der Mitte-Deutschland-Schienenverbindung vorsehe. Sie stimme dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU daher zu. Man habe immer gefordert, diese Strecke ergänzend zur ICE-Strecke auszubauen.

Die **Fraktion der PDS** führte aus, man halte eine zusätzliche Förderung nicht für angemessen. Im Übrigen sei diesem Antrag aber zuzustimmen. Der flächenhafte Ausbau der Schienenverbindungen sei zu unterstützen. Sie habe vor eineinhalb Jahren einen inhaltsgleichen Antrag eingebracht.

Berlin, den 12. Juni 2002

Wieland Sorge
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333